

Motion Fraktion GLP (Claude Grosjean, GLP): Transparenz schaffen – Parlamentsarbeit verwesentlichen!

Der Berner Stadtrat leidet unter einer von Jahr zu Jahr wachsenden Vorstossflut. Wurden im Jahr 2005 insgesamt 150 Vorstösse eingereicht, waren es im Jahr 2009 bereits 343 Vorstösse. Dies ist mehr als eine Verdoppelung innert vier Jahren. Diese hausgemachte Geschäftslast steht in einem krassen Gegensatz zu den Zuständigkeiten, welche der Stadt Bern neben dem Bund und dem Kanton noch verbleiben. Viele sogenannte „Briefträgervorstösse“, die den Gemeinderat auffordern, sich beim Kanton oder beim Bund für eine Sache stark zu machen, widerspiegeln die eng gezogenen Grenzen der städtischen Autonomie. Nicht minder widerspiegeln sich diese Grenzen aber auch in den Vorstössen, deren Inhalt weit unter der Bagatellgrenze liegt, um den Parlamentsbetrieb damit zu bemühen. Die Ressourcen der Mitglieder unseres städtischen Milizparlaments sind beschränkt. Für eine ernstzunehmende städtische Legislativpolitik ist unabdingbar, dass die Parlamentsmitglieder ihre Kräfte vermehrt gezielt für Sachgeschäfte wie Jahresbericht, Budget, Baukredite etc. sowie die damit verbundene Kommissionsarbeit einsetzen können. Die hausgemachte Vorstossflut bindet die Kräfte der Parlamentsmitglieder über Gebühr, gerade die wesentliche Kommissionsarbeit kommt regelmässig zu kurz. Wer sich für ein politisches Amt zur Wahl stellt, weiss, dass dies vor allem viel Arbeit bedeutet. Dass aber in der laufenden Legislatur bereits nach weniger als zwei Jahren über ein Viertel der Stadtratsmitglieder den Stadtrat wieder verlassen hat, ist ein gewichtiges Indiz dafür, dass die Arbeit im Stadtrat für viele unbefriedigend ist. Dafür ist die Vorstossflut zu einem erheblichen Teil mit verantwortlich. Parlamentsmitglieder gehen oft irrtümlich davon aus, dass das Einreichen von Vorstössen proportional zu ihrer Bekanntheit steht. Wer diese Aussage überprüfen will, soll sich vor dem Weiterlesen die Namen von 10 nationalen Parlamentsmitgliedern notieren und dann mit der in der Fussnote¹ wiedergegebenen Rangliste vergleichen. Die Vorstossflut kann nur eingedämmt werden, wenn sich die Ratsmitglieder und die Fraktionen gezielter der parlamentarischen Instrumente bedienen. Dies wird vor allem dann der Fall sein, wenn sich die Öffentlichkeit und im Besonderen die Medien einen einfachen Überblick über die politische Arbeit eines Ratsmitglieds verschaffen können, indem die eingereichten Vorstösse einfach und nach einreichender Person gegliedert online eingesehen werden können.

Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf, bei jedem schriftlich beantworteten Vorstoss annäherungsweise aufzuführen, wie viel Zeit insgesamt für dessen Beantwortung die Verwaltung oder gegebenenfalls Externe aufwenden musste(n). Da diese Massnahmen in die Kompetenz des Gemeinderats fallen, kommt dieser Motion Richtliniencharakter zu.

Zudem beauftragen wir das Büro des Stadtrats, laufend übersichtlich online zu publizieren:

¹ Die folgenden Personen haben in den letzten knapp drei Jahren zwischen 69 und 36 Vorstösse eingereicht: Bea Heim (SP, SO), Susanne Leutenegger-Oberholzer (SP, ZH), J. Alexander Baumann (SVP, TG), Jean-Claude Rennwald (SP, JU), Dominique Baettig (SVP, JU), Josef Zisyadis (AL, VD), Jaqueline Fehr (SP, ZH), Ruth Humbel (CVP, AG) Andre Reymond (SVP, GE) und Didier Berberat (SP, NE) [Quelle: Basler Zeitung].

1. Von jedem Parlamentsmitglied sämtliche in der gleichen Legislatur eingereichten Vorstösse, gegliedert nach überwiesenen, nicht überwiesenen und noch nicht behandelten Vorstössen.
2. Die aktuelle Geschäftslast des Stadtrats gegliedert nach Sachgeschäften und Vorstössen.
3. Die Ab- bzw. Zunahme der Geschäftslast gegenüber der letzten Sitzung des Stadtrats.

Bern, 04. November 2010

Motion Fraktion GLP (Claude Grosjean, GLP), Michael Köppli, Peter Ammann, Daniel Klauser

Antwort des Gemeinderats

Soweit sich der Vorstoss an den Gemeinderat richtet, betrifft er einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

Die Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse ist regelmässig mit einem gewissen Aufwand verbunden, unter Umständen und nicht selten sogar mit ganz erheblichem Aufwand. Der Gemeinderat möchte jedoch davon absehen, über eine Ausweisung des jeweils durch einen Vorstoss verursachten Aufwands indirekt die politische Arbeit des Parlaments zu kommentieren. Es gehört für den Gemeinderat zu den Konsequenzen der demokratischen Parlamentsarbeit und der dadurch repräsentierten Mitwirkung der Stimmberechtigten, dass der Exekutive Fragen gestellt, Prüfanliegen unterbreitet oder Aufträge erteilt werden können. Es mag sein, dass in gewissen Fällen nicht auf Anhieb ersichtlich ist, in welcher Art und Weise ein bestimmter Vorstoss zur Entwicklung und zum Wohl der Stadt und ihrer Bevölkerung beitragen könnte. Trotzdem glaubt der Gemeinderat nicht, dass der Nachweis des durch die jeweiligen Vorstösse verursachten Zeitaufwands zur Vermeidung von Vorstössen führen würde, deren Anliegen möglicherweise auch anderweitig und mit geringerem Aufwand Rechnung getragen werden könnte. Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier durchaus in der Lage sind abzuwägen, welche Anliegen Gegenstand eines parlamentarischen Vorstosses sein sollten. Soweit die parlamentarischen Vorstösse darüber hinaus verwendet werden, obliegt es in erster Linie dem Stadtrat, seine Mitglieder auf die adäquaten Einsatzbereiche der verschiedenen parlamentarischen Instrumente hinzuweisen und dadurch auf eine Verwesentlichung der Ratsarbeit hinzuwirken. Vor diesem Hintergrund rechtfertigt es sich aus Sicht des Gemeinderats nicht, für die Bearbeitung der parlamentarischen Vorstösse eine Zeiterfassung einzuführen, die ihrerseits unweigerlich wieder mit einem administrativen Mehraufwand verbunden wäre.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 25. Mai 2011

Der Gemeinderat